

Deutschland – all inclusive



Einkommensverteilung. Während des Bundestagswahlkampfes entstand häufig der Eindruck, dass es in Deutschland immer ungleicher und dadurch ungerechter zugeht. Doch der neue Verteilungsreport des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt, dass die Einkommen nahezu aller Bevölkerungsgruppen in den Jahren vor der Corona-Pandemie relativ gleichmäßig zugelegt haben. Die neue Bundesregierung müsse nun alles daran setzen, schnellstmöglich auf diesen Pfad des inklusiven Wachstums zurückzukehren, fordert IW-Verteilungsforscher Maximilian Stockhausen in seinem Kommentar. —> [Seiten 2-7](#)

Künstliche Intelligenz

Der vom IW erstellte KI-Index für Deutschland hat auch in diesem Jahr zugelegt – aber nur dank der Wirtschaft, die verstärkt auf diese Schlüsseltechnologie setzt.

—> [Seiten 10-11](#)

Textil- und Modeindustrie

Die deutschen Textil- und Modefirmen sind viel nachhaltiger unterwegs als oft vermutet. Die Branche sieht allerdings ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

—> [Seiten 12-15](#)

Wohlstand für alle

Einkommensverteilung. Wie Einkommen und Vermögen verteilt sind, sorgt regelmäßig für hitzige Diskussionen. Auch im Wahlkampf waren Verteilungsfragen ein Thema und dürften bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen ebenfalls auf der Tagesordnung stehen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen nun, dass der Einkommenszuwachs in jüngster Vergangenheit fast alle Einkommensgruppen in Deutschland gleichermaßen erreicht hat.

Inklusion: Hinter dem Begriff steckt die Idee, dass jeder Mensch gleichberechtigt dazugehört – unabhängig davon, welches Geschlecht oder welche Religion er hat, aus

welchem Land er ursprünglich stammt und ob er körperlich oder geistig beeinträchtigt ist. In den Wirtschaftswissenschaften geht es beim Stichwort Inklusion allerdings

auch darum, inwiefern eine Veränderung alle betrifft – zum Beispiel der Anstieg der Einkommen.

Genau dieser Frage – wie inklusiv das Einkommenswachstum in Deutschland in den Jahren vor der Corona-Pandemie war – geht der neue IW-Verteilungsreport nach. Dafür nutzt er Daten, die je nach Verfügbarkeit bis ins Jahr 2018 oder 2019 reichen. Etwaige, höchstwahrscheinlich verzerrende Effekte durch die Corona-Pandemie sind also nicht Teil der Untersuchung.

Vielmehr geht es um die Frage, ob die Einkommen in Deutschland wirklich weiter auseinanderliegen als früher, ob sich die Einkommensschere also immer weiter öffnet.

Zunächst zeigt der IW-Report allerdings, wer hierzulande die höchste Steuerlast zu schultern hat (Grafik):

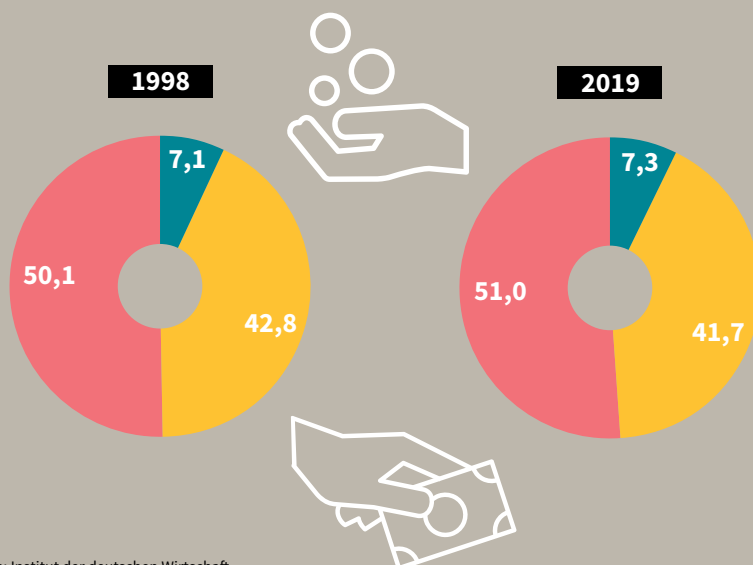
Im Jahr 2019 zahlten die einkommensreichsten 10 Prozent der Haushalte 51 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer. Das war noch einmal ein knapper Prozentpunkt mehr als 1998.

Auf der anderen Seite entfielen auf die einkommensärmeren 50 Pro-

Steuereinnahmen: Wer viel verdient, muss viel abgeben

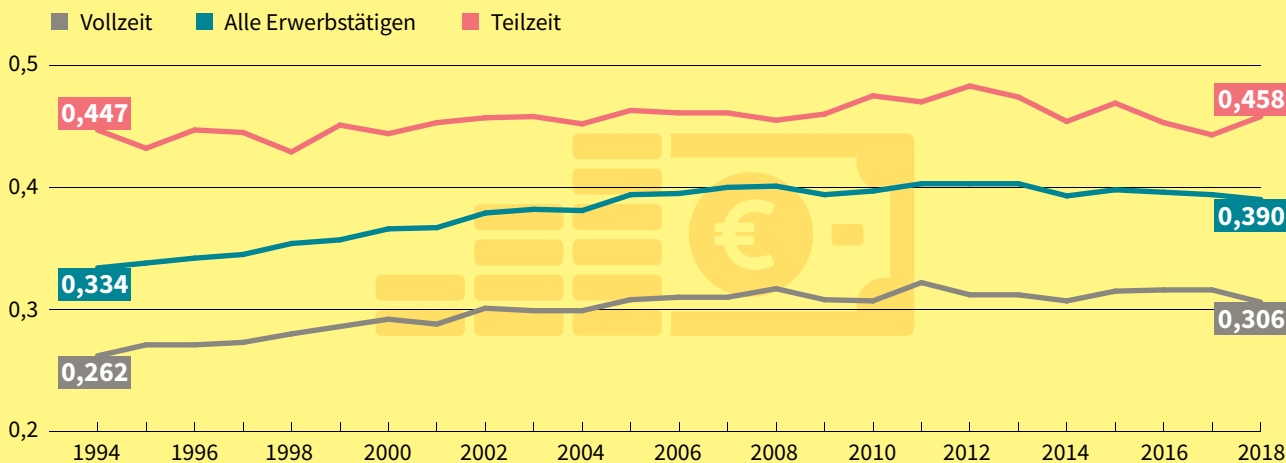
So viel Prozent der Lohn- und Einkommensteuer des jeweiligen Jahres wurden von dieser Einkommensgruppe gezahlt

■ Untere 50 Prozent der Haushaltseinkommen ■ 6. bis 9. Zehntel der Haushaltseinkommen ■ Obere 10 Prozent der Haushaltseinkommen



Einkommensungleichheit: Bei Teilzeitbeschäftigten größer

Entwicklung des Gini-Koeffizienten der jährlichen realen Arbeitseinkommen in Deutschland in Preisen von 2015



Gini-Koeffizient: Maß der Ungleichheit. Hat der Koeffizient den Wert null, haben alle das gleiche Einkommen. Je näher an eins der Wert liegt, desto größer ist die Ungleichheit;
 Teilzeit: Arbeitszeit von regelmäßig weniger als 35 Stunden pro Woche – jeweils im Vorjahr;
 Erwerbstätige: Personen im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren mit Einkommen aus nicht selbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit;
 2002, 2013: In diesen Jahren gibt es Zeitreihenbrüche, da neue Befragungsgruppen – zum Beispiel Hocheinkommensbezieher – ergänzt wurden

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd

iwd

zent der Haushalte lediglich etwas mehr als 7 Prozent der gesamten Einkommensteuerzahlungen. Das heißt: Das deutsche Steuersystem belastet starke Schultern immer noch deutlich stärker als schwache. Gleichzeitig verschont es auf der anderen Seite die, die ihre Einkommen fast vollständig benötigen, um damit ihre Grundversorgung zu finanzieren.

Ein anderer, ebenfalls positiver Befund lautet, dass die Arbeitseinkommen in Deutschland in den vergangenen Jahren insgesamt erheblich zugelegt haben. Von 1991 bis 2018 stiegen sie nominal um durchschnittlich 76 Prozent. Um Preiseffekte, also die Inflation, bereinigt, blieben immerhin 12 Prozent mehr Kaufkraft übrig. Vor allem in jüngster Vergangenheit legten die realen Arbeitseinkommen kräftig zu – von 2015 bis 2018 lag das Plus im Durchschnitt bei 5 Prozent. Betrachtet wurden hierfür Personen im erwerbsfähigen Alter von 18 bis

64 Jahren mit Einkommen aus nicht selbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit.

Ebenfalls in die richtige Richtung entwickeln sich die Einkommen im Vergleich der alten und der neuen Bundesländer:

Direkt nach der Wiedervereinigung lagen die durchschnittlichen realen Arbeitseinkommen in Ostdeutschland bei lediglich rund 61 Prozent des Westniveaus, 2015 schon bei 78 Prozent und 2018 bei 81 Prozent – zuletzt findet also wieder eine Konvergenz statt, die in den 2000er Jahren weitestgehend zum Stillstand gekommen war.

Allerdings sagen all diese Werte noch wenig darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in Deutschland verteilt sind. Um diese Frage zu beantworten, kommt ein etabliertes Ungleichheitsmaß zum Einsatz: der Gini-Koeffizient. Hätte dieses Verteilungsmaß den Wert null, würden alle das gleiche Einkommen

erwirtschaften. Je näher der Wert an eins liegt, desto größer ist die Ungleichheit.

Für die verschiedenen Gruppen von Erwerbstätigen in Deutschland zeigt der Gini-Koeffizient ein differenziertes Bild (Grafik):

Der Gini-Koeffizient der realen Arbeitseinkommen hatte im Jahr 2018 in Deutschland den Wert 0,390. Bei Vollzeitkräften lag er bei lediglich 0,306, während er bei Teilzeitkräften 0,458 erreichte.

Die Einkommen von Teilzeitkräften sind also deutlich ungleicher verteilt als die von Berufstätigen mit voller Stelle. Zu erkennen ist allerdings auch, dass der Gini-Koeffizient für Teilzeiterwerbstätige zuletzt eine sinkende Tendenz aufwies. Für diese Entwicklung gibt es Gründe:

Mehr Teilzeit: Der Anteil von Teilzeitkräften an allen Erwerbstätigen

gen hat sich deutlich erhöht – von etwas mehr als 14 Prozent im Jahr 1991 auf fast 29 Prozent im Jahr 2019. Zudem variiert die Zahl der gearbeiteten Stunden bei Teilzeitkräften stärker als bei Vollzeit-erwerbstätigen.

Berufswahl: Die Erwerbstätigenquote von Frauen ist in den vergangenen Jahren besonders stark gestiegen. Häufig nahmen die Frauen dabei eine Teilzeitarbeit auf – und zwar eher in „typischen“ Frauenberufen, in denen oft geringere Stundenlöhne gezahlt werden.

Zeitgleich gibt es aber einen eindeutig positiven Teilzeittrend:

Direkt vor der Pandemie gaben nur knapp 9 Prozent der Teilzeitkräfte an, dass sie unfreiwillig in Teilzeit arbeiteten, weil sie keinen Vollzeitjob fänden. Mitte der 2000er Jahre betrug dieser Anteil noch mehr als 22 Prozent.

Blickt man auf die Vollzeitkräfte, wird deutlich, dass deren Einkommen Mitte der 1990er Jahre gleicher verteilt waren als am aktuellen Rand. Allerdings stieg der Gini-Koeffizient, also die Einkommensungleichheit, nur bis Mitte der 2000er Jahre an und verharrt seither auf gleichbleibendem Niveau.

Das ist gerade deshalb wichtig, weil einige Interessengruppen stets aufs Neue behaupten, dass es hierzulande in den vergangenen Jahren zu einer immer größeren Einkommensspreizung kam. Sie verweisen unter anderem auf das Auseinanderdriften der durchschnittlichen Nettoeinkommen der unteren 40 und der oberen 60 Prozent der Haushalte. Folglich solle die Politik Gegenmaßnahmen ergreifen.

Um herauszufinden, wie es um diese Entwicklung wirklich steht, ohne dabei jedoch Äpfel mit Birnen zu vergleichen, kommen verschiedene wissenschaftliche Methoden zum Einsatz:

- Getreu dem Motto „Wichtig ist, was hinten rauskommt“ werden die Nettoeinkommen verglichen, also das, was nach Steuern, Abgaben und staatlichen Transfers übrig bleibt.

- Der Vergleich erfolgt auf Haushalts- und nicht wie bei den Arbeitseinkommen auf Individualebene. Die Einkommen werden zudem bedarfsgewichtet. Dadurch wird berücksichtigt, dass ein Mehrpersonenhaushalt Kostenvorteile hat, weil zum Beispiel das Telefon oder die Waschmaschine gemeinsam genutzt werden können, und dass Kinder weniger Geld benötigen als Erwachsene.

- Menschen, die in den eigenen vier Wänden wohnen, müssen keine Miete zahlen. Sie haben also mehr Finanzmittel zur Verfügung als Mieter, insofern die Immobilie bereits vollständig abbezahlt ist. Dieses Mehr an Geld wird als zusätzliches Einkommen berücksichtigt.

Analysiert man mit diesen Prämissen die Einkommensentwicklung von 1994 bis 2018, ist das Bild alles andere als einheitlich. In den ersten Jahren der Betrachtung war der Trend bei den niedrigen Einkommen im Durchschnitt noch positiver als bei den hohen. Dann kam die Trendwende – seit 2002 haben sich die höheren Einkommen besser entwickelt als die niedrigen. Allerdings (Grafik Seite 5):

Seit Mitte der 2010er Jahre haben sich die niedrigeren und höheren Einkommen weitestgehend parallel zueinander positiv entwickelt.

Der relative Abstand zwischen den Einkommensgruppen hat sich also nicht weiter vergrößert. Das heißt: Das Einkommenswachstum erfolgte inklusiv – alle haben von der guten wirtschaftlichen Lage in den Jahren direkt vor der Corona-Pandemie gleichermaßen profitiert.

Zu diesem Ergebnis kommt man auch, wenn man erneut den Gini-

Koeffizienten bemüht, allerdings diesmal nicht für die individuellen Arbeitseinkommen, sondern für die bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen. Hier zeigt sich:

1. Seit Mitte der 2000er Jahre hat sich die Ungleichheit der Markteinkommen sogar minimal auf einen Gini von 0,477 reduziert.

2. Die Haushaltsnettoeinkommen – also nach Steuern, Abgaben und Transfers – hatten mit 0,289 in den Jahren 2005 und 2018 fast exakt den gleichen Wert.

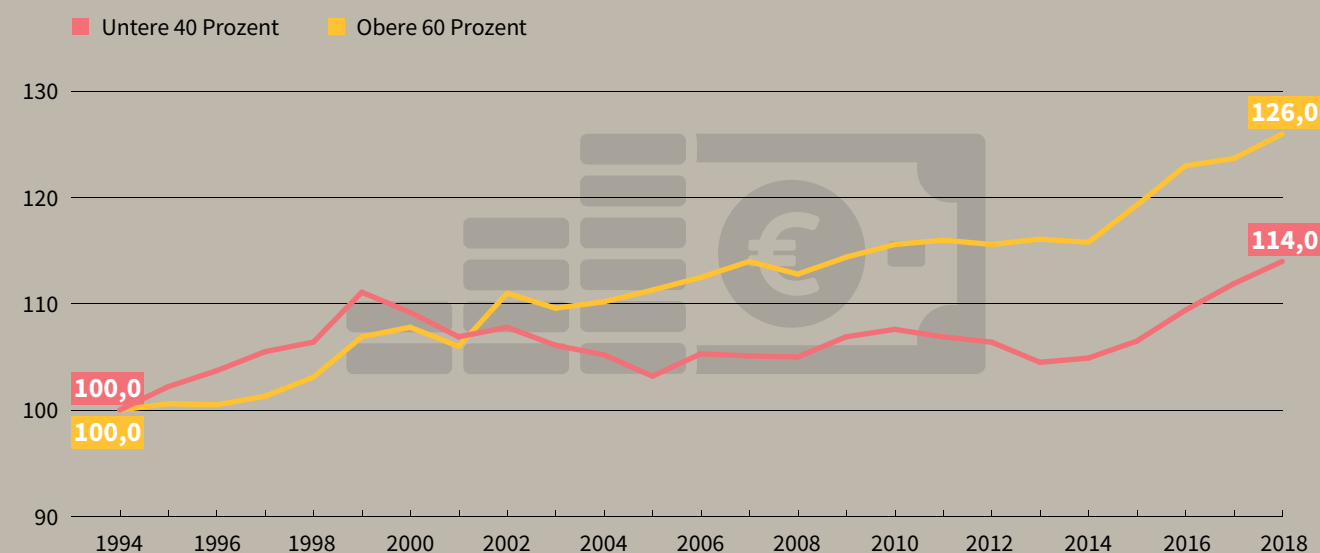
Der Blick auf verschiedene Wirtschaftszweige verdeutlicht zudem, dass die Einkommensabstände zwischen den einzelnen Branchen tendenziell kleiner geworden sind. Um dies zu belegen, werden erneut die individuellen Bruttoarbeitseinkommen herangezogen. Ein beispielhaftes Ergebnis: Eine Vollzeitkraft im weit gefassten Bereich Erziehung und Unterricht verdiente im Jahr 1991 durchschnittlich gut 38.400 Euro (in Preisen von 2015) – damals der höchste Wert der hier betrachteten Branchen. Bis 2018 stieg das Bruttoeinkommen real um rund 12 Prozent auf 43.200 Euro. Die Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe lagen zu Beginn der 1990er Jahre mit einem Durchschnittsbrutto von knapp 35.800 Euro noch deutlich zurück, ihre Gehälter legten jedoch bis 2018 real um mehr als 22 Prozent auf den neuen Spitzenwert von 43.700 Euro zu. Die beiden Branchen haben sich beim Gehalt also merklich einander angenähert – in anderen Wirtschaftsbereichen gab es ähnliche Trends.

Doch natürlich ist nicht alles in der Einkommensentwicklung eitel Sonnenschein – bei zwei Themen ist die Politik gefordert:

Migration: Das Arbeitseinkommen von Personen mit Migrationshintergrund war durchgängig niedriger als das von Personen ohne Migrationshintergrund:

Einkommensentwicklung: Zuletzt profitierten wieder alle

Entwicklung der durchschnittlichen realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen in Preisen von 2015 inklusive geschätzter Mietvorteile, 1994=100



Bedarfsgewichtung: berücksichtigt, dass ein Mehrpersonenhaushalt Kostenvorteile hat, weil Gebrauchsgüter wie Waschmaschinen gemeinsam angeschafft und genutzt werden können, und dass Kinder weniger Geld benötigen als Erwachsene

Mietvorteil: Bei jenen Personen, die in einer eigenen Immobilie leben, wird der Mietgegenwert der Wohnung als zusätzliches Einkommen angerechnet
2002, 2013: In diesen Jahren gibt es Zeitreihenbrüche, da neue Befragungsgruppen – zum Beispiel Hocheinkommensbezieher – ergänzt wurden

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Das durchschnittliche reale Arbeitseinkommen von Erwerbstätigen ohne Migrationsvergangenheit betrug 2018 gut 38.300 Euro, jene mit Migrationsgeschichte kamen im Schnitt auf 32.700 Euro.

Es ist also essenziell, Zuwanderer noch besser in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren und höher zu qualifizieren – gerade jene, die in jüngster Vergangenheit als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind.

Zugleich sollte bei der Gesamtbeurteilung der Einkommensverteilung die Flüchtlingsthematik nicht zu falschen Schlüssen führen. Sie hatte schließlich nahezu unvermeidbare statistische Effekte auf die Ungleichheit (siehe Seiten 6–7).

Bildung: Je höher das Bildungsniveau, desto höher auch das

Einkommen – das ist ein vorhersehbares Ergebnis der IW-Studie. Allerdings kommt ihm in der Diskussion über die Einkommensungleichheit entscheidende Bedeutung zu. Denn die Einkommen von Menschen der verschiedenen Bildungsniveaus haben sich in den vergangenen Jahrzehnten sehr unterschiedlich entwickelt.

So verdienten Personen, die maximal über einen Realschulabschluss verfügen, im Jahr 2018 real gut 2.000 Euro weniger als 1991. Jene, die über ein mittleres Bildungsniveau – beispielsweise die Hochschulreife oder eine Lehre – verfügen, konnten das Jahresgehalt im gleichen Zeitraum nur um wenige Hundert Euro steigern. Doch diese Werte müssen auch mit einiger Vorsicht betrachtet werden, da sie

Veränderungen im Erwerbsumfang nicht erfassen. Zudem ist der Anteil von Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau über die Jahre deutlich gesunken. Auf der anderen Seite gilt allerdings unbestritten:


Personen mit hohem Bildungsniveau verdienen mittlerweile im Durchschnitt real fast 52.200 Euro im Jahr – 1991 waren es nur rund 44.600 Euro.

Höhere Bildung ist also der Schlüssel zu mehr Einkommen und könnte bewirken, dass der Wohlstand in Deutschland künftig noch inklusiver zunimmt.

IW-Report 36/2021

Maximilian Stockhausen, Kai Maiworm:
Wohlstand für alle? Inklusives Einkommenswachstum vor Corona – IW-Verteilungsreport 2021

iwkoeln.de/verteilungsreport2021



Kommentar. Vor Ausbruch der Corona-Pandemie sind die verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland über alle Gruppen hinweg stark gestiegen – die Ungleichheit hingegen nicht. Auf diesen Pfad des sogenannten inklusiven Einkommenswachstums gilt es nach Corona zurückzufinden, meint IW-Verteilungsforscher **Maximilian Stockhausen**.

Gleicher oder ungleicher – eigentlich keine Frage

In Wahlkampfzeiten wurde oft behauptet, die Ungleichheit in Deutschland nehme stetig zu. Von einer sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich war die Rede. Doch „die Ungleichheit“ gibt es gar nicht, geschweige denn, dass die Behauptung bezüglich der Einkommens- und Vermögensungleichheit zuträfe.

Richtig ist: Die Einkommens- und Vermögensungleichheit liegt heute über dem Niveau der 1990er Jahre. Sie liegt aber auch erheblich unter dem Niveau zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Seit Ende der 2000er Jahre hat zudem weder die Ungleichheit der Vermögens- noch die der Einkommensverteilung zugenommen – das gilt sowohl für die Einkommen vor Steuern, Abgaben und Transferleistungen (Markteinkommen) als auch die Nettoeinkommen.

Nach 2015 hat nicht nur die Einkommensungleichheit eher leicht

abgenommen, sondern haben auch die Nettoeinkommen deutlich zugelegt. So sind die bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen des unteren Einkommenszehntels im Durchschnitt um 7 Prozent und die des oberen Zehntels um 5 Prozent gestiegen. In der Einkommensmitte sieht das Bild ähnlich aus. Die Inflation ist bereits herausgerechnet, es handelt sich also um echte Wohlstandsgewinne. Die gute Beschäftigungssituation, starke Reallohnsteigerungen in Verbindung mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, höhere Renten- und Transferzahlungen haben allesamt zu diesem inklusiven Einkommenswachstum beigetragen.

Wer nun einwirft, dass doch die Einkommensungleichheit in Deutschland in einer wirtschaftlich so glänzenden Zeit hätte deutlich stärker sinken müssen, dem seien mehrere Dinge entgegnet:

Ungleichheit wird in aller Regel relativ gemessen. Das bedeutet, dass die Veränderungen von Einkommensanteilen verschiedener Gruppen verglichen werden. Verändern sich die Einkommen aller Gruppen um den gleichen Prozentsatz, so nehmen zwar absolute Einkommensunterschiede zu, aber die Einkommensanteile bleiben unverändert. In diesem Fall verändert sich ein relatives Ungleichheitsmaß wie der Gini-Koeffizient nicht.

Hinter der Verwendung relativer Ungleichheitsmaße steht der wohlfahrtstheoretische Grundgedanke, dass ein zusätzlicher Euro für eine ärmere Person einen größeren Nutzen hat als für eine reichere. Diese Logik rechtfertigt auch die Umverteilung der Einkommen von oben nach unten – zum Beispiel über Steuern und Abgaben. Dabei ein Optimum zu finden, ist jedoch ein schwieriges Unterfangen, weil die



unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich einer „gerechten Verteilung“ natürlich von individuellen Wertvorstellungen abhängen.

Den Wert des Gini-Koeffizienten und damit die Ungleichheit der Einkommen stärker zu reduzieren, würde technisch gelingen, wenn beispielsweise die Einkommen im unteren Bereich um ein Vielfaches stärker stiegen als die höheren Einkommen. Das setzte aber vor allem höhere Transfers voraus. Denn in den unteren Einkommensgruppen ist der Anteil von Arbeitslosengeldbeziehern oder ALG-II-Empfängern, geringfügig Beschäftigten und Rentnern relativ groß. Höhere Transfers erfordern jedoch zwangsläufig eine Gegenfinanzierung. Doch je stärker dazu zum Beispiel die Erwerbseinkommen belastet werden, desto geringer ist der Arbeitsanreiz.

Die Krux an der Sache: Man kann den Kuchen zwar gleichmäßiger

verteilen. Je größer aber der Kuchen wird, desto größer wird auch der Spielraum für die Verteilung. Mit Blick auf die im internationalen Vergleich bereits sehr hohe Steuer- und Abgabenlast in Deutschland wäre die Forderung nach deutlich höheren Transfers deshalb mit dem Risiko verbunden, die wirtschaftliche Basis des Sozialstaats zu schmälern. Besser wäre es, die Voraussetzungen dafür zu stärken, dass mehr Menschen eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung aufnehmen können.

Auch der sechste Armuts- und Reichtumsbericht hat dargelegt, dass Beschäftigung – insbesondere in Vollzeit – das beste Mittel zum Schutz vor Einkommensarmut ist. Verteilungsanalysen zeigen zudem, dass die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen durch die positive Beschäftigungsentwicklung zwischen 2005/06 und 2016 gesun-

ken wäre, hätte es nicht gegenläufige Effekte gegeben – beispielsweise durch die Integration von meist mittellosen Geflüchteten in Gesellschaft und Arbeitsmarkt.

Wer also schimpft, die breite Masse der Menschen hätte am Wohlstandszuwachs der vergangenen Jahre keinen Anteil gehabt, weil die relative Ungleichheit nicht deutlicher gesunken ist, der irrt und verkennt nicht zuletzt die integrative Leistung des Sozialstaats in der Sozialen Marktwirtschaft.

Ob Flüchtlingsmigration oder Corona-Pandemie: Die Balance von Markt und Staat hat nicht nur geholfen, enorme Herausforderungen vergleichsweise gut und sozialverträglich zu meistern, sondern sollte auch zuversichtlich stimmen, dass Deutschland die Herausforderungen der anstehenden digitalen und ökologischen Transformation erfolgreich bewältigen kann.

Digitales? Twittern wir nicht!

Kommunikation. Die Digitalisierung von Staat und Wirtschaft ist eine der größten politischen Baustellen in Deutschland. Zwar spiegelt sich das in den aktuellen Wahlprogrammen der Parteien wider – in der digitalen Kommunikation der Politiker aber findet sich zu zentralen Begriffen kaum etwas.

Spätestens seit Donald Trump weiß jeder, was man mit 280 Zeichen auf Twitter alles anrichten kann. Der ehemalige US-Präsident ist zwar inzwischen auf Twitter gesperrt, hatte aber zuvor bis zu 80 Millionen Follower – und rund um die Welt zitierten die Nachrichtensendungen während seiner Amtszeit praktisch täglich aus seinen Texten.

Sich per Tweet zu positionieren – das ist im digitalen Zeitalter geradezu eine Selbstverständlichkeit für die politische Kommunikation. Und gerade auf Twitter, sollte man meinen, ließe sich gut über den

Stand der Digitalisierung in Deutschland debattieren. Anlass dazu gibt es allemal – im aktuellen Ranking des European Center for Digital Competitiveness zum Beispiel belegt die Bundesrepublik den drittletzten Platz von 20 Staaten.

Das IW wollte nun wissen, welche Rolle das Thema in der digitalen Kommunikation von Bundestagsabgeordneten, Parteien und Fraktionen spielt, und hat dazu die Tweets aller 555 Abgeordneten mit einem Twitter-Account nach den Begriffen „Breitbandausbau“ und „digitale Verwaltung“ durchforstet. Das Ergebnis:

Lediglich rund 15 Prozent der Bundestagsabgeordneten haben in der aktuellen Legislaturperiode überhaupt zu diesen beiden Begriffen getwittert.

Insgesamt findet sich der Begriff Breitbandausbau im Zeitraum September 2017 bis August 2021 in 223 Tweets, die „digitale Verwaltung“ kommt 200-mal vor (Grafik). Wie wenig das ist, zeigt ein Vergleich mit den sonstigen Twitter-Aktivitäten der Politik. So hat zum Beispiel die FDP über ihren offiziellen Partei-Account seit 2009 gut 21.000 Tweets abgesetzt – im Untersuchungszeitraum aber nur 13 zu den beiden analysierten Begriffen. Und Anke Domscheit-Berg von der Linkspartei gehört zwar zu jenen Abgeordneten, die über diese Begriffe am häufigsten twittern, doch wenn man weiß, dass sie seit 2009 insgesamt fast 97.000 Tweets abgesetzt hat, sind 16 Treffer wahrlich nicht viel. Andreas Scheuer, der für den Breitbandausbau zuständige Bundesminister, twitterte seit 2009 übrigens knapp 3.400-mal – aber im Untersuchungszeitraum kein einziges Mal zum Breitbandausbau.

Politische Tweets zur Digitalisierung: Eine Rarität

In so vielen Tweets von 555 Bundestagsabgeordneten mit einem Twitter-Account wurden die Begriffe „Breitbandausbau“ und „digitale Verwaltung“ erwähnt

	Breitbandausbau					Digitale Verwaltung				
	2017	2018	2019	2020	2021	2017	2018	2019	2020	2021
CDU/CSU	4	32	13	10	11	0	5	9	26	30
FDP	1	19	18	6	3	3	15	11	15	20
Die Grünen	3	23	5	8	7	0	18	5	2	12
SPD	2	12	7	3	2	0	11	5	2	5
Die Linke	0	14	9	4	3	1	1	1	2	1
AfD	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0

2017: September bis Dezember; 2021: Januar bis August

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 62/2021

Barbara Engels, Armin Mertens: Digitale Verwaltung und Breitbandausbau in der digitalen politischen Kommunikation
iwkoeln.de/digitale_verwaltung

Reicht die Rente?

Erwerbstätige Rentner. Immer mehr Rentner in Deutschland gehen arbeiten. Finanzielle Motive spielen dabei aber nur eine untergeordnete Rolle, wie eine neue IW-Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels zeigt.

Von 2005 bis 2019 hat sich die Zahl der arbeitenden Bundesbürger im Alter von mindestens 65 Jahren mehr als verdoppelt – von 520.000 auf 1,3 Millionen. Das ist nur zum Teil darauf zurückzuführen, dass der Staat die Regelaltersgrenze für den Renteneinstieg angehoben hat: Auch in der Gruppe der 70- bis 74-Jährigen, die von dieser Änderung nicht mehr betroffen sind, stieg die Erwerbstätigenquote in diesem Zeitraum von 2,9 auf 8,2 Prozent.

Mitunter wird deswegen geschlussfolgert, dass das Rentenniveau in vielen Fällen zu niedrig sei und finanzielle Nöte die Rentner zurück in die Arbeit trieben. Auf Grundlage von Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) hat das Institut der deutschen Wirtschaft diese These untersucht.

Als Rentner galt in der Auswertung jeder Rentenempfänger ab 63 Jahren, wobei Witwen-, Waisen- und Erwerbsunfähigkeitsrenten ausgeschlossen wurden. Sowohl Haupt- als auch Nebenerwerbstätigkeiten flossen mit in die Untersuchung ein, ehrenamtliche Tätigkeiten hingegen nicht.

Erwartungsgemäß zeigt sich, dass erwerbstätige Rentner im Durchschnitt jünger sind als jene, die nicht arbeiten. Darüber hinaus hat etwas mehr als ein Drittel der arbeitenden Rentner einen Fachschul-, Meister- oder akademischen Abschluss, bei den Nichterwerbstätigen beträgt dieser Anteil nur rund ein Viertel.

Ein Grund dafür könnte sein, dass Höherqualifizierte meist einen höheren Stundenlohn haben, sodass es sich für sie mehr lohnt, weiterzuarbeiten. Der Blick auf die Nettoeinkommen bestätigt diesen Eindruck (Grafik):

Das mittlere monatliche Nettoäquivalenzeinkommen, also das nach einzelnen Haushaltsmitgliedern gewichtete Pro-Kopf-Einkommen, eines arbeitenden Rentners beträgt 2.000 Euro – das eines Rentners ohne Arbeit rund 17 Prozent weniger.

In einem ähnlichen Abstand bewegen sich die oberen Einkommensviertel der beiden Gruppen, die untersten 25 Prozent sind näher beieinander.

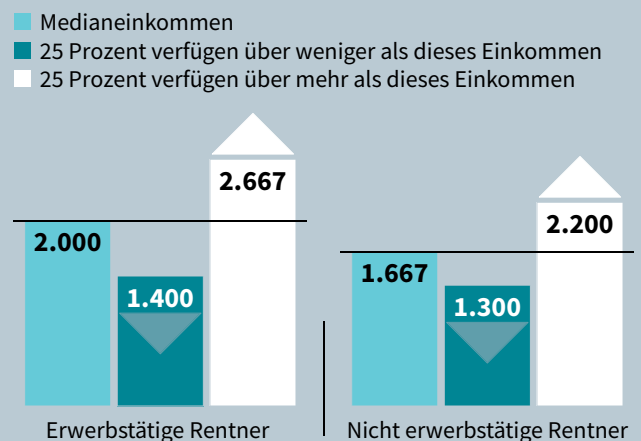
Würde die These stimmen, dass Rentner arbeiten gehen, um nicht in existenzielle Notlagen zu kommen, müsste ihre Rente besonders niedrig sein.

Tatsächlich ist bei der Rentenhöhe zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen aber kein Unterschied erkennbar.

Betrachtet man die Bruttolöhne, zeigt sich zudem, dass rund die Hälfte der arbeitenden Rentner lediglich 450 Euro oder weniger verdient. Aus freien Stücken, wohlgerne: Die meisten arbeiten am liebsten in Teilzeit oder als Minijobber, wie eine IW-Studie aus dem vergangenen Jahr zeigte – ein weiteres Indiz dafür, dass finanzielle Motive eher eine untergeordnete Rolle spielen.

Silver Worker mit höherem Einkommen

Nettoäquivalenzeinkommen pro Monat in Euro



Stand: 2019; Nettoäquivalenzeinkommen: nach einzelnen Haushaltsmitgliedern gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen; Medianeinkommen: 50 Prozent der Personen aus der jeweiligen Gruppe haben ein niedrigeres, 50 Prozent ein höheres Einkommen

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 59/2021

Holger Schäfer: Die soziale Lage erwerbstätiger Rentner
iwkoeln.de/erwerbstaetige_rentner

In den Unternehmen angekommen

Künstliche Intelligenz. Der 2019 vom IW entwickelte KI-Monitor zeigt in diesem Jahr zwar ein dickes Plus. Allerdings geht der Fortschritt allein auf das Konto der Wirtschaft – die staatlichen Rahmenbedingungen für KI haben sich dagegen verschlechtert und das gesellschaftliche Interesse an dieser Schlüsseltechnologie ist gesunken.

Mit der künstlichen Intelligenz (KI) verbinden sich große Hoffnungen. Die Schlüsseltechnologie bietet nicht nur die Chance, innovative Anwendungen und Produkte zu entwickeln, sie soll und kann auch helfen, sogenannte Menschheitsaufgaben zu lösen – zum Beispiel den Umgang mit dem Klimawandel oder die Früherkennung von Pandemien.

Die IW-Studie definiert KI als „die Schaffung von (quasi) intelligenten Programmen und Maschinen, welche Entscheidungen selbstständig treffen und darauf basierend Handlungen ausführen können“. Grundlage für die

Bewertung sind die drei Kategorien Rahmenbedingungen, Wirtschaft und Gesellschaft mit jeweils mehreren Indikatoren. Um die Entwicklung des KI-Monitors darstellen zu können, wurden die Ergebnisse des Basisjahres 2019 auf 100 normiert (siehe iwd 19/2020). Das Ergebnis (Grafik):

Der KI-Index hat sich von 2019 auf 2020 um 7 Punkte verbessert und ist von 2020 auf 2021 um weitere gut 16 Punkte gestiegen.

Die insgesamt positive Entwicklung betrifft allerdings nicht alle drei Kategorien, sondern zum großen Teil nur die Wirtschaft – sie war und ist

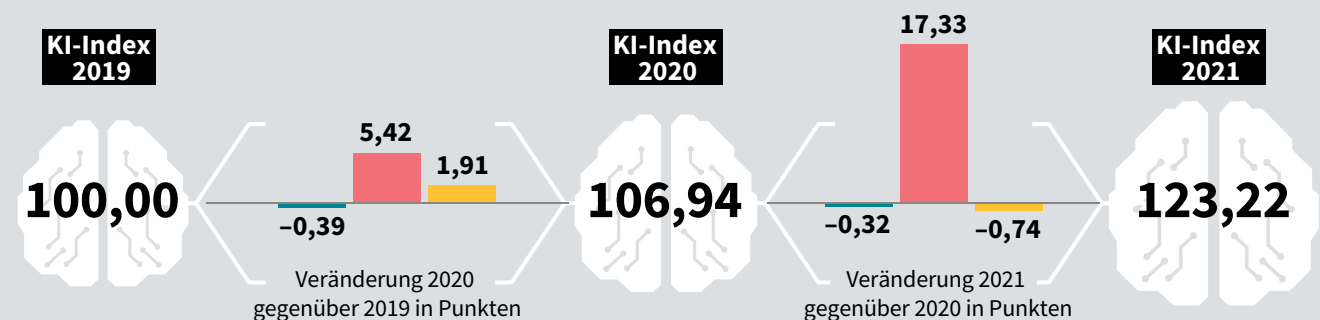
der Treiber der KI-Entwicklung in Deutschland. Schon im Jahr 2020 steuerte die Wirtschaft rund 5,4 Indexpunkte zum Gesamtanstieg von knapp 7 Punkten bei, im Jahr 2021 waren es sogar gut 17 Punkte – und damit mehr als der Gesamtanstieg von 16 Punkten. Das ist damit zu erklären, dass die anderen beiden Kategorien verloren haben; die Rahmenbedingungen verschlechterten sich um 0,3 Punkte, die gesellschaftlichen Indikatoren sogar um 0,7 Punkte.

Diese Rückgänge lassen sich jedoch auch auf die Auswirkungen

KI-Index: Die Wirtschaft prescht voran

Der KI-Index misst den Status quo und die Entwicklung der künstlichen Intelligenz in Deutschland anhand von 14 Indikatoren in den Kategorien Rahmenbedingungen, Wirtschaft und Gesellschaft, 2019 = 100

■ Rahmenbedingungen ■ Wirtschaft ■ Gesellschaft



Rahmenbedingungen: u. a. Breitbandinfrastruktur und Informatikabsolventen; Gesellschaft: u. a. Bekanntheit des KI-Begriffs, Wirtschaft: u. a. KI in Stellenanzeigen und KI-Patente

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

der Corona-Pandemie zurückführen, wie die Auswertung der Einzelindikatoren zeigt:

Rahmenbedingungen. In dieser Kategorie geht es um fünf Themen, mit denen sich Wirtschaft und Gesellschaft im Kontext von KI konfrontiert sehen. Zwei Beispiele: Der Index für die digitale Infrastruktur, gemessen an der Breitbandverfügbarkeit von mehr als 100 Megabit pro Sekunde, hat sich im Vergleich zum Basisjahr 2019 um annähernd 30 Prozent verbessert. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass 23 Prozentpunkte davon bereits von 2019 auf 2020 erreicht wurden – von 2020 auf 2021 ist also nicht viel passiert.

Beim Indikator KI in Bundestagsprotokollen kommt Corona ins Spiel, denn dass die Schlüsseltechnologie im Bundestag 2020 wesentlich weniger thematisiert wurde, lag sicherlich daran, dass die Parlamentarier vor allem mit der Pandemie beschäftigt waren. Gleichwohl bleibt festzuhalten: Noch immer gibt es in Deutschland politisch viel beim Thema KI zu tun.

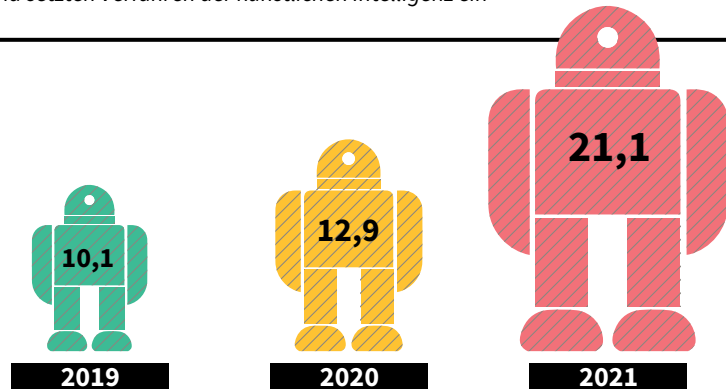
Wirtschaft. In dieser Kategorie gibt es fünf Einzelindikatoren – und alle schneiden überdurchschnittlich gut ab. Verglichen mit dem Basisjahr 2019 hat der Indikator Einsatz von KI in Unternehmen den größten Sprung gemacht (Grafik):

Gaben im Jahr 2019 gerade einmal rund 10 Prozent der Unternehmen an, dass sie KI einsetzen, sind es inzwischen schon mehr als 21 Prozent.

Die KI-Patentanmeldungen haben ebenfalls kräftig zugelegt – sie sind seit 2019 um gut 19 Prozent gestiegen. Dieser Trend spiegelt sich auch in den KI-Stellenanzeigen wider: Während 2019 nur 0,6 Prozent der Ausschreibungen auch KI-Kompetenzen verlangten, sind es mittlerweile gut die Hälfte mehr.

Immer mehr Unternehmen setzen auf künstliche Intelligenz

So viel Prozent der Industrieunternehmen und der industrienahen Dienstleister in Deutschland setzten Verfahren der künstlichen Intelligenz ein



Befragung von 681 bis 983 Unternehmen jeweils im Frühjahr im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Gesellschaft. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger der künstlichen Intelligenz offen gegenüberstehen und entsprechende Produkte und Dienstleistungen nachfragen, kann die KI ihr volles Potenzial entfalten. Wie es um deren Akzeptanz steht, messen vier Indikatoren: Bekanntheit von KI in der Gesellschaft, KI in den Printmedien, KI auf Twitter und Google-Suchen nach KI.

Erfreulich ist, dass die Bekanntheit von KI in der Bevölkerung seit 2019 merklich gestiegen ist, was nicht zuletzt an den Printmedien liegen dürfte, die öfter über dieses Thema berichten. Dass die Kategorie Gesellschaft insgesamt trotzdem Punkte verloren hat, liegt vor allem am gesunkenen Suchinteresse auf Google: In der Pandemie wollten die Bundesbürger offenbar eher etwas über Inzidenzen und Impfstoffe wissen als über KI.

Unter dem Strich erweisen sich im KI-Monitor 2021 – wie schon 2020 – die Rahmenbedingungen als Bremse. Deshalb gibt es viel zu tun. Insbesondere die Politik sollte vorangehen, indem der Staat selbst als Nachfrager und Nutzer von KI-Anwendungen

auftritt und so entsprechende Signale sendet. Hilfreich wäre auch eine zurückhaltende Regulierung sowie mehr Rechtssicherheit für die Unternehmen in Sachen Datennutzung und -schutz.

Der Wirtschaft ist angesichts des Fachkräftemangels zu raten, mehr eigene Mitarbeiter weiterzubilden, um den positiven Trend von KI im unternehmerischen Umfeld auch künftig fortsetzen zu können. Außerdem sollten die Unternehmen dabei unterstützt werden, potenzielle KI-Anwendungen zu identifizieren und entsprechende Projekte umzusetzen.

Auf gesellschaftlicher Ebene geht es vor allem darum, die künstliche Intelligenz zu erklären und sie so zu entmystifizieren. Ein Ethiklabel für KI-Systeme könnte dabei genauso helfen wie die Zertifizierung von hochriskanten KI-Systemen.

IW-Gutachten

Vera Demary et al: KI-Monitor 2021 – Status quo der Künstlichen Intelligenz in Deutschland, Gutachten im Auftrag des Bundesverbands Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.
iwkoeln.de/ki-monitor-2021

Zwischen Nachhaltigkeit und Wettbewerb

Textil- und Modeindustrie. Die hiesigen Unternehmen der Textil- und Modebranche versorgen Deutschland mit weit mehr als nur mit Hosen und T-Shirts: Sie bringen viele für die Energiewende wichtige Innovationen hervor. Doch auf dem Weg zur Nachhaltigkeit müssen gerade mittelständische Textilunternehmen oft um ihre Wettbewerbsfähigkeit bangen.

Windräder, Filteranlagen, energiesparende Hausfassaden – für all diese klimafreundlichen Technologien braucht es Textilien. Das mag nicht direkt ersichtlich sein, allerdings dreht sich kein Windrad ohne textile Verstärkung der Rotorblätter

und auch Filteranlagen benötigen Textilfasern, um Wasser und Luft von Schadstoffen zu befreien.

Weiter verbreitet ist dagegen der Eindruck von Textilien als Klimaschädling. Dabei schaden sie der Umwelt im Vergleich zu anderen

Wertstoffen in einem wesentlich geringeren Umfang (Grafik):

Der Abrieb von Textilien verursacht in Deutschland im Jahr 77 Gramm Mikroplastik pro Einwohner – Reifen setzen dagegen rund das 16-Fache frei.

Mikroplastik: Textilien sind nicht die Hauptverursacher

So viel Gramm Mikroplastik werden in Deutschland durch den Abrieb von ... in einem Jahr pro Einwohner freigesetzt

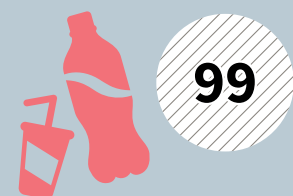
... Reifen



... Schuhsohlen



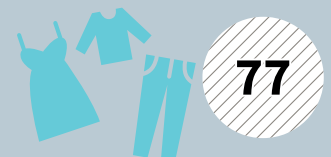
... Kunststoffverpackungen



... Fahrbahnmarkierungen



... Textilien



Textilien: Faserabrieb beim Waschen

Quelle: Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT
© 2021 IW Medien / iwd

Doch auch dort, wo Spezialtextilien zum Einsatz kommen, geschieht dies so nachhaltig wie möglich (siehe Interview auf den Seiten 14–15). Ganz ohne sie und die darin enthaltenen Chemikalien geht es allerdings nicht – in einigen Lebensbereichen ist ihr Einsatz schlicht unabdingbar. In Krankenhäusern, bei der Feuerwehr und bei der Polizei zum Beispiel kommen jeden Tag mehrere Millionen Spezialtextilprodukte zum Einsatz.

Hightech-Textilien haben neben ihrer Robustheit noch einen weiteren entscheidenden Vorteil gegenüber anderen Materialien: Sie sind leicht. So können Textilien in einigen Produktionsprozessen beispielsweise schweren Stahl ersetzen. Das spart Energie und verringert den CO₂-Ausstoß.

Aber nicht nur ihr Einsatz, sondern auch die Beschaffenheit der Textilien selbst kann zur Klimaneutralität der Industrie beitragen. Neue Vliesstoffe zum Beispiel bestehen zu einem Großteil aus recycelten Wertstoffen.

Das Potenzial von Textilien für die Energiewende ist also sehr groß. Doch wie weit sind die deutschen Textilunternehmen tatsächlich bereits auf dem Nachhaltigkeitsweg vorangekommen? Ein Fünftel der Textilunternehmen produziert schon mehr als die Hälfte ihrer Produkte unter nachhaltigen Standards. Der Großteil der Branche hat erkannt, wie wichtig es ist, auf nachhaltige Produkte und Produktionsprozesse umzustellen – nicht zuletzt aufgrund der steigenden Nachfrage (Grafik):

Mehr als 60 Prozent der Textil- und Modeunternehmen in Deutschland rechnen weiterhin mit einer hohen bis sehr hohen Nachfrage nach nachhaltigen Produkten.

Doch die Entscheidung, die eigene Produktion mit dem Ziel der Klimaneutralität umzurüsten,

gestaltet sich unter aktuellen Marktbedingungen oft nicht leicht. Einige Regulierungen machen den hiesigen Textilunternehmen zu schaffen:

CO₂-Bepreisung: Die Idee hinter dem seit Beginn des laufenden Jahres höheren CO₂-Preis in Deutschland ist es, den Ausstoß von CO₂ branchenübergreifend unattraktiv zu machen, um Emissionen zu reduzieren und Anreize für grünere Energiequellen zu setzen. Das Problem: Solche grünen Alternativen sind noch nicht in ausreichender Menge auf dem Markt vorhanden – oder nur zu deutlich höheren Preisen. Wenn die ausländische Konkurrenz keinen vergleichbar hohen Preis für CO₂-Emissionen zahlen muss, können deutsche Unternehmen die zusätzlichen Kosten nicht über die Produktpreise ausgleichen, ohne einem internationalen Wettbewerbsnachteil zu unterliegen.

Carbon-Leakage-Verordnung: Um einer solchen Benachteiligung deutscher Unternehmen im globalen Wettbewerb entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung Mitte 2021 die Carbon-Leakage-Verordnung verabschiedet. Sie zielt darauf ab, ein

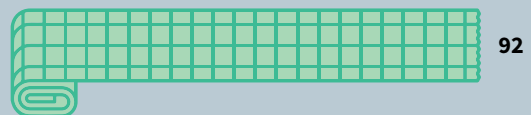
„Carbon Leakage“, also eine Verlagerung der Produktion ins Ausland aufgrund der hohen CO₂-Preise, zu verhindern, indem die Bundesregierung vom CO₂-Preisanstieg betroffenen Firmen eine Kompensation zahlt. Doch kleineren Betrieben hilft die Verordnung oft wenig. Denn sie nehmen im Gegensatz zu größeren deutschen Firmen nicht am europäischen Emissionshandel teil. Dadurch werden ihnen wesentlich weniger Klimazertifikate kostenlos zugeteilt. Die so entstehenden Mehrkosten für den Zertifikateerwerb werden durch die Kompensationszahlungen längst nicht ausgeglichen.

Damit auch die kleinen Unternehmen der deutschen Textil- und Modeindustrie weiterhin Innovationen hervorbringen und zur Klimaneutralität beitragen können, braucht es weniger Regulierung durch den Staat. Stattdessen sollte sich dieser darauf konzentrieren, die Standortbedingungen zu verbessern – zum Beispiel indem er für wettbewerbsfähige Unternehmen Steuern sorgt und die Belastung der Unternehmen durch bürokratische Vorgaben verringert.

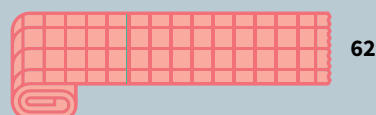
Nachhaltigkeit: Ein (noch) kostspieliger Megatrend

So viel Prozent der befragten Unternehmen der Textil- und Modeindustrie sagen, dass ...

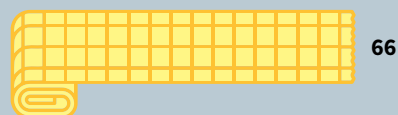
... sie ihre nachhaltigen Produktanteile weiter ausbauen wollen



... die Nachfrage nach nachhaltigen Produkten weiter hoch bis sehr hoch sein wird



... die Zahlungsbereitschaft der Kunden eher niedrig ist



Nachhaltige Produktanteile: umweltfreundliches Material (z. B. Biobaumwolle, Recyclate), nachhaltige und auf Klimaneutralität abzielende Produktionsverfahren, faire Löhne; Befragung von 163 Unternehmen im Juni 2021

Quelle: Gesamtverband textil+mode © 2021 IW Medien / iwd

Interview. Die Textil- und Modeindustrie wird oft als klimaschädigende und selten als eine nachhaltige Branche angesehen. Das stimmt nicht, sagt **Uwe Mazura**, Geschäftsführer des Gesamtverbands der deutschen Textil- und Modeindustrie. Im iwd-Interview erklärt er, wieso die Branche Teil der Lösung zur Klimaneutralität ist und warum Deutschland ein attraktiver Produktionsstandort für Textil und Mode bleiben muss.



Foto: Grabowsky

„Wir können Green Deal Textil – wenn man uns lässt“

Die deutsche Textil- und Modeindustrie sagt von sich: „Wir können Wandel.“ Was konkret meinen Sie damit?

Die deutsche Textilindustrie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine Weltmarktführerschaft in vielen innovativen Bereichen erarbeitet. Die in Deutschland produzierten Stoffe und Gewebe sind aus ganz vielen alltäglichen und industriellen Anwendungen nicht mehr wegzudenken. Windräder, modernes, ressourcensparendes Bauen, Medizinprodukte, Filter für sauberes Wasser und saubere Luft, hochwertige Spezialtextilien fürs Wohnen, in Autos und Flugzeugen. Selbst zur Herstellung von grünem Wasserstoff braucht es unsere Spezialtextilien.

Rund zwei Drittel unserer mittelständischen Unternehmen, viele davon familiengeführt, produzieren und veredeln in Deutschland Stoffe, Garne und technische Textilien. Und etwa ein Drittel der Unternehmen ist im Mode- und Bekleidungsbereich tätig. Sie stehen für Qualität und Langlebigkeit genauso wie für Innovation und Nachhaltigkeit. Wir können im internationalen Wettbewerb mit hochinnovativen Produkten punkten.

In Ihrem Positionspapier zu Ihren Erwartungen an die künftige Bundesregierung fordern Sie einen Schub für Investitionen und Innovationen. Wie soll der aussehen?

Unsere Unternehmen stehen weltweit für beste Umwelt- und

Sozialstandards. Viele sind bereits auf dem Weg zur CO₂-Neutralität, wir machen große Fortschritte bei der Kreislaufwirtschaft. Bei vielen Umweltfragen, beispielsweise wie wir Luft und Wasser reinigen und unseren CO₂-Fußabdruck verringern, gibt es textile Lösungen. Aus diesem Grund ist eine eigene Textilindustrie im Land so wichtig. Sie muss aber auch noch international wettbewerbsfähig produzieren können. Unsere Unternehmen kämpfen mit immer mehr Auflagen und immer mehr Bürokratie, ganz zu schweigen von den Energiepreisen und der Einführung der CO₂-Bepreisung. Für Strom und Gas zahlen sie zwei- bis dreimal so viel wie ihre Mitbewerber im Markt.

Was fordern Sie konkret?

Es gibt nicht ausreichend bezahlbaren grünen Strom oder grünen Wasserstoff im Markt. Wir können Green Deal Textil, aber wir brauchen auch die Marktbedingungen, damit unsere Unternehmen bestehen können. Damit ich nicht missverstanden werde: Wir stehen zu den Klimazielen der Bundesregierung, aber wir fordern eine ehrliche Debatte. Corona hat gezeigt, wie wichtig eine Textilindustrie im eigenen Land ist. Wir sind eingesprungen, als es keine Schutzmasken mehr aus China gab. Deshalb muss eine neue Bundesregierung die Unternehmen, die in Deutschland für Wertschöpfung und Arbeitsplätze sorgen, auch machen lassen. Wir brauchen nicht immer neue Fesseln und wir brauchen bezahlbare Energiepreise.

In Ihrem Positionspapier werben Sie in diesem Zusammenhang auch für eine Chemikalienpolitik, die sich am Machbaren orientiert.

Ja, auch hier gilt: Innovationen dürfen nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Dies gefährdet den Standort Deutschland und führt letztlich zu einer Produktionsverlagerung an Standorte, die unsere Auflagen nicht haben. Damit erreichen wir das Gegenteil von Umwelt- und Klimaschutz. Wir erleben das bei Spezialtextilien, etwa bei Schutzanzügen für die Feuerwehr. Mit einem Anzug aus Biobaumwolle können Sie nicht ins Feuer gehen. Unsere Unternehmen, die lebensretende Berufsbekleidung herstellen, gehen äußerst verantwortungsvoll

mit dem Einsatz von Chemikalien um. Und trotzdem gibt es immer mehr Stoffe, die bei uns verboten werden, obwohl ihre Alternativen sie nicht annähernd ersetzen können.

Innovation braucht es auch für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Die meisten denken bei dem Stichwort an Bekleidung und Secondhandshopping, das dürfte ja aber nicht Ihr präferiertes Geschäftsmodell sein?

Wenn Sie sich Secondhandware anschauen, werden Sie feststellen, dass gerade gute Markenbekleidung aufgrund ihrer Qualität und Langlebigkeit immer wieder in Umlauf geht. Diese Wertigkeit zahlt auch ganz entscheidend auf Nachhaltigkeit ein, deswegen unterstützen wir Secondhand. Wir denken Kreislaufwirtschaft aber umfassender. Das fängt schon beim Einsatz der Materialien an, die im besten Fall kompostierbar oder wiederverwertbar sein sollten. Denken Sie an Teppiche aus Meeresmüll, Outdoorjacken aus Plastikflaschen oder Fasern aus Ananasschalen. Hier müssen wir branchenübergreifend unterwegs sein. Viele Unternehmen sind damit schon wesentlich weiter, als es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Gerade die Bekleidungsindustrie ist global stark vernetzt. Ein Großteil der Mode wird außerhalb Europas produziert. Braucht es da nicht mehr als nationale Anstrengungen, um Produktionsprozesse nachhaltiger zu gestalten?

Nationale Gesetzgebungen wie das deutsche Sorgfaltspflichtengesetz zu den Lieferketten sind ein Widerspruch in sich. Sie machen

einfach keinen Sinn in einem globalen Markt, noch dazu, wenn sie zulasten ausgerechnet jener Unternehmen gehen, die global für beste Umwelt- und Sozialstandards stehen. Nach einer Umfrage unter unseren Mitgliedern planen über 90 Prozent, ihre nachhaltigen Produktanteile noch weiter auszuweiten. Nachhaltigkeit ist ein Megatrend, sie gehört inzwischen zu jeder Unternehmensstrategie.

Was würden Sie sich von den anstehenden Koalitionsvereinbarungen wünschen, um den Mode- und Textilstandort Deutschland zu stärken?

Ein ehrliches Bekenntnis der deutschen Politik zum Industriestandort Deutschland, keine Lippenbekenntnisse, die in Gesetzgebungsprozessen dann gleich wieder auf dem Altar moralischer Debatten geopfert werden. Wir dürfen die Industrie nicht aus unserem Land vertreiben, wir müssen sie stärken. Nur mit unseren Unternehmen und ihren Innovationen werden wir Klimaneutralität schaffen, keinesfalls mit Verbotsfantasien. In unserem Fall heißt das: die Textilforschung stärken, schnell und ausreichend bezahlbaren grünen Strom und grünen Wasserstoff bereitstellen und unsinnige Auflagen beseitigen, die Innovationen bremsen. Wir brauchen gerade nach den Corona-Lockdowns eine Wiederbelebung der Innenstädte und Steuergerechtigkeit mit Blick auf globale Online-Plattformen. Ohne einen vielfältigen stationären Einzelhandel wird es keine lebenswerten Innenstädte in Deutschland und Europa geben.

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche

Rund
380 Millionen Euro



nahmen die öffentlichen Kassen im Jahr 2020 aus der Hundesteuer ein, so viel wie noch nie. Für die Städte und Gemeinden, die diese Steuer erheben, bedeutete dies gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 2,7 Prozent. Und der Trend setzt sich fort: Im ersten Quartal 2021 lagen die Einnahmen aus der Hundesteuer bei rund 159 Millionen Euro – das waren sogar 8,4 Prozent mehr als im Vorjahresquartal.

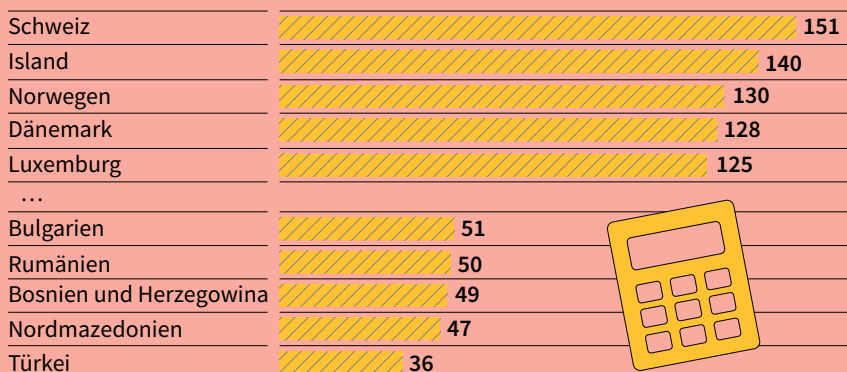
Da die Höhe der Hundesteuer vielerorts von der Zahl der im Haushalt gehaltenen Hunde oder auch von der Hunderasse abhängt, bedeuten höhere Steuereinnahmen nicht zwangsläufig, dass auch die Zahl der Fellnasen in deutschen Haushalten gestiegen ist. Der Industrieverband Heimtierbedarf geht auf Basis einer repräsentativen Erhebung jedenfalls davon aus, dass im Jahr 2020 rund 10,7 Millionen Hunde in Deutschland ein Zuhause hatten. Damit sind Hunde das zweitbeliebteste Haustier nach Katzen (15,7 Millionen). Insgesamt wurden 2020 fast 35 Millionen Haustiere – Hunde, Katzen, Kleinsäuger und Ziervögel – in Deutschland gehalten, knapp eine Million mehr als 2019. Der Trend zum tierischen Mitbewohner bescherte auch der Heimtierahrungs- und -bedarfsindustrie eine höhere Nachfrage: Im Jahr 2020 setzte die Branche mit 5,5 Milliarden Euro rund 5 Prozent mehr um als im Vorjahr.

Top-Liste: Preisniveaus in Europa

52 Franken für ein paar kleine Frühlingsrollen und zwei vegetarische Mahlzeiten von einem thailändischen Lieferdienst – das beschreibt recht gut das Preisszenario, das in St. Gallen, Basel oder Zürich üblich ist. Was kaum einen Eidgenossen überrascht, erscheint Besuchern aus dem Ausland aberwitzig teuer – und das ist es auch, wie ein Vergleich des schweizerischen mit dem deutschen Preisniveau zeigt: Ein und derselbe Warenkorb, für den man in Deutschland 100 Euro bezahlt, kostet in der Schweiz umgerechnet 151 Euro. Nirgendwo sonst in Europa ist es teurer, auch wenn die Lebenshaltungskosten in den skandinavischen Ländern und Luxemburg ebenfalls deutlich über den deutschen liegen. Sparfüchse dagegen dürften sich in der Türkei besonders wohlfühlen – dort war das Preisniveau im Juli 2021 um knapp zwei Drittel niedriger als hierzulande; allerdings kämpfen die Türken aktuell mit einer Inflationsrate von knapp 20 Prozent, was die Preise nach oben treibt.

Lebenshaltungskosten: In der Schweiz am höchsten

Höchste und niedrigste Preisniveaus von insgesamt 36 europäischen Staaten im Juli 2021, Deutschland = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2021 IW Medien / iwd

iwd